

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1293.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontokonto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kaufstadt und Dresden-Alstadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn in der 42. Woche vom 13. bis 19. Oktober 1923 000 000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 32 000 000 M., Einzelnummer 80000 000 M.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Ausgabenpreis: Grundpreis mal Schlüsselzahl. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeitung 30 M., die 30 mm breite Neblamzeitung 250 M., für auswärtige Anzeigen 100 und 350 M. Schlüsselzahl: 600 000. Familienangelegenheiten und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 M.

Nr. 240

Dresden, Sonnabend den 13. Oktober 1923

34. Jahrg.

Das Ermächtigungsgesetz angenommen

ra. Berlin, 13. Oktober. (Sig. Draht.) Der Reichstag hatte heute seinen aufregendsten Tag. Es ging um die Auflösung. In den frühesten Vormittagsstunden waren Fraktionsführungen über Fraktionsführungen. Es wurde versucht, die Dissidierenden der Koalitionsparteien zur Anwesenheit im Saale zu bewegen. Um 1 Uhr begann die Sitzung. Nur wenige Redner sprachen zur Geschäftsordnung. Dann gab Abgeordneter Leicht für die Bayerische Volkspartei eine Erklärung ab. Sie würden Opposition, aber nicht Obstruktion treiben. Das sollte die Regierung veranlassen, ein freundliches Verhältnis mit Bayern einzugehen. Dann folgte die Abstimmung. Nach einigen Minuten erklärte Löbe: Es haben abgestimmt 347 Abgeordnete, damit ist die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten im Saale gewahrt. Das Haus ist beschlußfähig. Mit Ja haben gestimmt 316, mit Nein 24, bei 7 Enthaltungen. Das Ermächtigungsgesetz ist damit in dritter Lesung angenommen worden.

Bayern stärker als das Reich!

München, 12. Oktober. (Sig. Draht.) Der drohende bayerische Protest gegen die geplante Abberufung des Generals v. Lossow hat offenbar einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Die amtlichen Kreise Münchens sind bereits davon unterrichtet, daß durch einen Schritt des Reichsjustizministeriums die Maßnahmen gegen den unbemühten General rückgängig gemacht wurden. Es kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser den bayerischen Nachbarn ohne jede Notwendigkeit verschaffte Triumph politisch ein schwerer Fehler ist. Denn so sehr man sich hier über das Aussehen der Reichsregierung besorgt zeigt, noch mehr gefällt man sich in dem Bewußtsein der eigenen Stärke gegenüber der Autorität des Reiches. Die Regierungspresse trumpft heute

bereits mit dem Satz auf: „Die Nachmittage der bayerischen Regierung sind heute bereits größer als die der Reichsregierung.“ Dieser Auffassung begegnet man hier auch in offiziellen Kreisen. U. a. ist man der Meinung, daß Bayern auch in wirtschaftlicher Beziehung heute in keiner Weise mehr von Norddeutschland und dem übrigen Reich abhängig ist, und es dürfte für einen gewissen Eventualfall nicht zweifelhaft sein, daß Bayern seinen notwendigen Aufschubbedarf an Kohlen, Getreide und Karosfeln ebenso aus dem Ausland beziehen will, wie das das Reich heute angeblich tut.

Wird die Reichsregierung dem allen duldsam und tatenlos zusehen?

Ermächtigung der Kohlenpreise

Nachdem das Reichskabinett im Interesse der allgemeinen Wirtschaftslage und im Rahmen der gegen den Währungsverfall sonst gestellten Maßnahmen die Beseitigung der Kohlenmangelener bedürfnisse hatte, befaßten sich die Organe der Kohlenwirtschaft gestern erneut mit der Kohlenpreisfrage. Um die in diesem Beschluß liegenden Tendenzen zu klären, wurde beschlossen, die Kohlenpreise nicht nur um den Betrag der Kohlensteuer zu kürzen, sondern darüber hinaus eine Ermächtigung der Reichskohlenpreise um 10 bis 15 Prozent vorzunehmen.

Die jetzt geltenden Verkaufspreise der Gruben in Ostmark werden durch diesen Beschluß in Verbindung mit dem Fortfall der Kohlensteuer mit Wirkung ab 15. Oktober für die wichtigsten Reviere um etwa 30 bis 35 Prozent herabgesetzt, z. B. für Ruhrfeldtbergwerke von 38,26 auf 24,92, für obersteirische Gruben von 29,36 auf 19, für rheinische Braunkohlenreviere von 24,06 auf 15,15, für Sachsen von 35,30 auf 25,40 Goldmark je Tonne.

Bei diesen Beschlüssen ging man von der Erwartung aus, daß jetzt unverzüglich werbefähige Zahlungsmittel geschaffen werden und daß die Regierung ihren preisensenkenden Einfluß auf alle übrigen Wirtschaftszweige ausüben, damit die durch die Beseitigung der Kohlensteuer vom Reichskassendruck sowie die in dem obigen Beschluß dem Bergbauverwehre gebrauchten Kupfer nicht wirkungslos bleiben.

Gegen die Unternehmer-Diktatur!

Die Ergründungen, die sich die Arbeitnehmer bisher erkämpft haben, verdanken sie ihren Organisationen, die diese Rechte den Unternehmern in zähem Ringen Stück für Stück abgetrotzt haben. Bei allen Gesetzen und Verordnungen, die das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Regelung ihrer Arbeitsbedingungen erweiterter und den Grund zu einer Demokratisierung der Wirtschaft legten, sind die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien auf den erbittertesten Widerstand der Unternehmer gestoßen. Alle Bestimmungen, die dem Schutz der Arbeitnehmer vor willkürlichen Entlassungen dienen, und die freie eigenmächtige Verfügung der Unternehmer über die Fabriken, die Arbeitsstätten der Beschäftigten einzuschränken, mußten gegen die autoritären Gelüste der Industriekapitalisten durchgesetzt werden. Jetzt zeigen diese mächtigen und einflussreichsten Unternehmer durch ihr Auftreten erneut, daß sie den Geist der neuen Zeit nicht erfasst haben. Sie wollen Herr im Hause sein, wie sie es vor dem Kriege waren. Sie wollen die Wirtschaft ausschließlich nach eigenen Ermessen führen, ohne dem Staat, der Volksgemeinschaft, Menschheit schuldig zu sein über ihr Tun und Lassen. Die menschliche Arbeitskraft soll keine andere Geltung haben dürfen, wie die anderen Elemente der Produktionsstoffe. Sie ist für diesen Teil der Unternehmer nur ein Objekt der Kalkulation, wie ihre Werkzeuge und Maschinen und sie haben kein andres Interesse an ihr, als daß sie billig und willig ist.

Die Arbeitskraft ist das einzige Kapital der Arbeitnehmer

Sie müssen deshalb darauf bestehen, durch ihre eigenen Organisationen, durch die Gewerkschaften, mitzubestimmen, für welche Zeit und um welchen Preis sie dieses Kapital in den Dienst der Wirtschaft stellen. Nur dann werden sie es mit ganzem Herzen tun, wenn die Wirtschaft nicht ausschließlich zum Zweck der Bereicherung und Wadterweiterung bevorrechteter Gruppen betrieben wird, sondern zum Nutzen und im Interesse der Volksgemeinschaft. Ihnen liegt nichts daran, daß der Einzelne profitiert. Sie wollen, daß das Volksganze gedeiht. Sie wollen, daß die Wirtschaft den Zwecken der Volksgemeinschaft untergeordnet wird. Die Arbeitskraft ist eines der höchsten Güter der Nation.

Von ihrer Erhaltung und Vermehrung hängt die Zukunft des Volkes ab.

Die Gewerkschaften können und werden deshalb nicht dulden, daß dieses Nationalgut willkürlicher Ausbeutung schutzlos preisgegeben wird.

Der katastrophale Währungsverfall, der nicht zum wenigsten durch die Schuld der führenden Wirtschaftskreise herbeigeführt worden ist, hat auch die Finanzkraft der Gewerkschaften geschwächt. Deshalb glauben diese Unternehmerfreunde, daß sie nun mühelos den Widerstand der Gewerkschaften abtun können sie geben sich der Täuschung hin, daß die Kraft des werktätigen Volkes gebrochen und die Stunde gekommen sei, sich über die verübten Verbrechen der Arbeitnehmer hinwegzusetzen.

Wer sie haben die Rechnung ohne die Arbeitnehmer gemacht.

So stehen die Dinge in Deutschland nicht, daß eine Handvoll Grubendarone sich erdreisten dürfte, den Bergarbeitern willkürlich die Bedingungen zu diktiert, unter denen sie arbeiten sollen. Die Bergarbeiter sind gewillt, Überstunden zu leisten, wenn das Lebensinteresse der Nation es erheischt. Sie haben bei mehr als einer Gelegenheit bewiesen, daß sie bereitwillig Opfer für das Wohl des Volkes bringen, mehr als jene Unternehmer, die jahraus, jahrein das Reich als den Feind ihrer Interessen behandelt haben.

Diese Schichten glauben, gestützt auf die rechtsradikalen Regionen und auf jene Kreise der Landwirtschaft, die ihre vollen Scheuern dem hungernden Volke verweigern, den rücksichtslosen Massenkampf gegen die Arbeitnehmer führen zu können. Sie spekulieren auf das wachsende Meer der Arbeitslosen, sie rechnen mit der politischen Herrschaft der Arbeitnehmer.

Aber diese Pläne, zu deren Verwirklichung der bayerische Diktator und die Grubendarone das Signal gegeben haben, werden und müssen zu scheitern kommen.

In ihrer Verblendung haben die Fortkämpfer der wirtschaftlichen und politischen Reaktion selbst die Wexole unter die Massen geworfen, die sie zu einer festeren Einheit zusammenschließen wird als je zuvor.

Am das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft gibt es kein Wackeln, kein Festsitzen.

Dieses Grundrecht der Arbeit, diese Anfangserzungen der ihrer Freiheit, wird sich die Arbeitnehmerenschaft nicht entziehen lassen.

Die Gewerkschaften sind bereit zu diesem Kampf. Sie wissen, daß sie die gesamte Arbeitnehmerenschaft, ohne Unterschied der Partei, hinter sich haben. Alle in ihren Organisationen zusammengeschlossenen Arbeiter, Angestellten und Beamten werden zu Opfern und Entschungen bereit sein — trotz allem Elend, wenn dieser Kampf ihnen aufgezwingen wird. Und es wird sich zeigen, daß ihre kampferprobten Scharen weder den Glauben an ihre großen Ziele noch den Mut zur Tat verloren haben, wenn es gilt, das Keuferste abzuschneiden: ihre Entrechtung durch die Unternehmer.

Die Feinde der Arbeiterbewegung seien gewarnt.

Die Gewerkschaften werden nicht zögern, die ganze Macht der vereinigten Arbeitnehmerkraft aufzubieten, um jeden Versuch zu vereiteln, auf dem Wege des politischen Umsturzes und der wirtschaftlichen Diktatur die alten Herrenrechte wieder in Kraft zu setzen, die das deutsche Proletariat in unvergeßlichen Kämpfen ein für allemal beseitigt hat.

Berlin, den 12. Oktober 1923.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Leipzig.
- Allgemeiner Deutscher Angestelltenbund. S. B.
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. Falkenberg.

Tschecho-Slowakische Kämpfe

Von unserm deutsch-böhmischen Mitarbeiter

Nun sind die beiden großen Kämpfe, die diese Wochen lang die Tschecho-Slowakei in Spannung erhielten — der Gemeinbewahlfampf und der Generalarbeiterstreik der Bergarbeiter — beendet. In beiden Schlachten siegten die Gegner der Arbeiter. Der Bergarbeiterstreik mußte von den Bergarbeitern mit einem Kompromiß abgeschlossen werden, das eine Lohnüberabhebung bis zu 13 Prozent zugestiftet. Das ist zwar viel weniger, als die Unternehmer wollten, aber es trifft die Arbeiter schwer genug. Die Unternehmer wollten eine Kürzung der Löhne um 25 bis 30 Prozent, und dieser Anschlag ist nun allerdings abgewehrt worden, abgewehrt in einem sieben Wochen lang dauernden Kampf, an dem 120 000 Arbeiter teilnahmen! Aber mit Verdrückung kann dieser Ausgang die Arbeiter nicht erfüllen.

Die Tschecho-Slowakei leidet seit fast zwei Jahren an einer ungemein schweren Wirtschaftskrise. Sie zwingt 300 000 bis 500 000 Arbeiter zu ständiger Arbeitslosigkeit, andre Hunderttausende zu dauernder Sturzarbeit. Sie lähmt nicht nur vorübergehend das Wirtschaftsleben, sondern es droht einem Teil der Industrie der Untergang, denn die eigentliche Ursache der Industriekrise ist ja wohl die, daß der Staat vom ehemaligen Diktator einen allzu großen Teil der Industrie übernommen hat, daß er nun zu viel Industrie hat. Diese Industrie war auch auf dem Weltmarkt zu wenig konkurrenzfähig, zum Teil, weil sie technisch rückständiger ist als etwa die Industrie Deutschlands, zum großen Teile aber auch deshalb, weil die Staatspolitik die Produktion verunreinigt. Als unmittelbar nach dem Kriege an Kohle Mangel war, als trotz vermehrter Arbeitereinstellung auf allen Schächten nicht genug gefördert werden konnte, da wurde eine hohe Kohlenabgabe eingeführt. Sie blieb aber auch, als dann viel mehr Kohlen erzeugt wurden, als das Inland aufzutrauchen vermochte, als der Bergbau auf den Export angewiesen war. Die Kohlenabgabe verteuert natürlich auch die gesamte industrielle Produktion, denn die Industrie mußte mit der teuren Kohle rechnen. Zur Kohlenabgabe gefüllten sich auch außerordentlich hohe Frachttarife. Die Kohlenabgabe und die Bahntarife tun also, was noch zu tun übrig bleibt, um die Industrie vollständig zu lähmen.

Die Grubenkapitalisten haben natürlich Interesse an der Verbilligung der Kohle. Sie waren sogar bereit, auf einen kleinen Teil ihres Profites zu verzichten, um die Kohlenverbilligung zu ermöglichen. Das andre sollten die Arbeiter tun. Nicht weniger als um 30 Prozent sollten ihre Löhne gekürzt werden, denn bei den Arbeitern, dort war der Widerstand nach Meinung der Bergherren schwächer, dort sollte mit der Verbilligungsfaktion begonnen werden. Aber die Fähigkeit, mit der die Arbeiter im Kampfe auszuhalten, so daß der Kohlenmangel sich auch im öffentlichen Leben bereits unangenehm bemerkbar machte, zwang schließlich die Regierung zu energischerem Vorgehen. Unter der Voraussetzung, daß Unternehmer und Arbeiter sich einigen, sagte sie auch eine bedeutende Herabsetzung der Kohlensteuer zu. Sie wird in Zukunft nur noch zehn Prozent, in manchen Reviere nur mehr acht Prozent betragen, wurde also um die Hälfte ermäßigt. Herabsetzungen der Bahntarife sind angekündigt. Die Bergarbeiter haben also den Kampf, den sie um Aufrechterhaltung des Lebensstandards geführt haben, zugleich gekämpft für die gesamte Volkswirtschaft des Landes. Es ist zu hoffen, daß durch die tatsächliche wesentliche Verbilligung der Kohle doch wenigstens eine teilweise Wiederbelebung der industriellen Produktion ermöglicht wird.

Denn daß sie von der langandauernden Not fast zermüht sind, daß sie von einem Gefühl tiefer Hoffnungslosigkeit erfüllt wurden, das hat wohl auch die Kampfkraft der Arbeiter bei den Gemeinbewahlen abgelegt. Daß die Zahl der Stimmen besonders in den deutschen Gebieten zurückgehen werde, war vorauszuweisen. Im Jahre 1919, unmittelbar nach dem Zusammenbruch der deutschböhmischen Kriegspolitik, der gegenüber die sozialistische Kritik des Krieges recht behalten hatte, strömten Hunderttausende bisher indifferenter Arbeiter oder sogar politisch uns feindlich Gesinnter der Sozialdemokratie zu und stimmten für sie. Viele von diesen Gefühlssozialisten sind sehr bald wieder abgewandert, da die Sozialdemokratie natürlich nicht die hochgepriesenen Erwartungen ihrer Neubekennern erfüllen konnte. So sind ihr denn fast alle Anhänger aus den Reihen der geistigen Perise und aus den Mittelschichten verloren gegangen, abliehen ist ihr fast nur das Handarbeiterproletariat. Aber auch ein Teil der Handarbeiter ist der nationalsozialistischen Ideologie erlegen. Es ist charakteristisch, daß in den deutschen Gebieten der Tschecho-Slowakei die deutschen Nationalsozialisten, die Gesinnungsgenossen Hillers, ganz außerordentlich erstarften, ja vielfach die stärkste Partei wurden. Diese nationale Radikalisierung ist die Reaktion auf den tschechischen Nationalismus, der, anstatt an die Lösung der nationalen Probleme zu arbeiten, durch kleinliche Nadelstichpolitik die Deutschen reizt und verärgert, der aber — und hier zeigt sich der Nationalismus wiederum als ideologische Verleumdung imperialistischer Ausdehnungsbestrebungen — unbarmerzig händelt, deutsche Schulen kerrt, deutsche Staatsbeamte und Staatsangestellte bei den Bahnen, bei der Post, bei den Gerichten und Behörden zu Hunderten vorzeitig pensioniert oder in rein tschechische Besetzen versetzt, wo ihnen das Leben unerträglich ist, wodurch sie erst recht gezwungen sind, aus den Staatsdiensten zu scheiden. Wirkliche Arbeiter dieses tschechischen Imperialismus vermag natürlich auch der deutsche Nationalismus nicht zu leisten, aber es schafft doch gewisse Erleichterung, sich durch den Stimmzettel an der Verdrückung betonen zu können, die als radikales Feind des tsche-